



Medienmitteilung

Zürich, 27. August 2021

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. August 2021

Fokusthema: **Bauen**

Zum Auftakt der Vormittagssitzung wird sich der Zürcher Kantonsrat am Montag mit vier Einzelinitiativen auseinandersetzen. Anschliessend stehen rund ein Dutzend Vorlagen an, die an und für sich kaum umstritten sind. Bei der Mehrheit geht es um Postulate, die aufgrund der regierungsrätlichen Berichte nur noch als erledigt abgeschrieben werden. Dennoch dürfte sich deren Behandlung bis in den Nachmittag hineinziehen. In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Rat den zahlreichen Vorstössen widmen, die zu Bau-Themen traktandiert sind.

Einzelinitiativen zu Bahnlinien, Beschneidungen, Kündigungen und Sprachförderung

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Für Diskussionen sorgen dürfte die EI einer Privatperson aus dem Zürcher Weinland, die ihr Anliegen vor dem Rat vertreten wird. Gefordert wird ein Ausbau der Bahnlinien Winterthur – Schaffhausen und Winterthur – Stein am Rhein ([KR-Nr. 108/2021](#)). Gleich zwei EI stammen von einer Privatperson aus Uster. So soll im Kanton Zürich das Beschneiden der Genitalien von Kindern aus nichtmedizinischen Gründen verboten werden ([KR-Nr. 119/2021](#)). Weiter fordert die Person, dass der Kanton Zürich mit einer Standesinitiative beim Bund interveniert, um Firmen zu zwingen, Kündigungen (beispielsweise von Abonnements) per Briefpost zu akzeptieren ([KR-Nr. 231/2021](#)). Und eine weitere Privatperson aus Zürich will, dass Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen vor Eintritt in den Kindergarten während eines Jahres eine Einrichtung mit integrierter Sprachförderung besuchen müssen ([KR-Nr. 120/2021](#)).

Einstimmige Anträge zu Leitungskataster, Krediten und Abschreibung von Postulate

Kaum umstritten sind sechs Vorlagen, welche die Kommission für Planung und Bau (KPB) vorberaten hat. Sie beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der Änderung des kantonalen Leitungskataster im Geoinformationsgesetz (KGeolG) zuzustimmen ([5669](#)) sowie den Verpflichtungskredit von 48,8 Millionen Franken für die vorgezogene Ausführungsplanung zur Instandsetzung des Campus T der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ([5674](#)) und die Abrechnung für den Umbau und die Erweiterung der Geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon ([5590](#)) zu bewilligen. Ebenfalls einstimmig beantragt die KPB, drei Postulate als erledigt abzuschreiben: Mit einem davon wurde der Regierungsrat gebeten, die Aspekte des Strassenverkehrs und der Verkehrsplanung in die Diskussion um die Eigentalsstrasse im Zürcher Unterland einzubringen ([5393](#)). Die Kommission

stützt sich bei ihrem Antrag auf den Ergänzungsbericht des Regierungsrates. Weiter sollen die beiden Postulate betreffend «Mehr Mass beim Denkmalschutz» ([5464](#)) und «Beschleunigung des Unterschutzstellungsverfahrens» ([5601](#)) abgeschrieben werden. Die Kommission stimmt diesen Abschreibungen unter anderem deshalb zu, weil zum gleichen Thema noch zwei Motionen (KR-Nr. 429/2020 und KR-Nr. 153/2020) hängig sind.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Neue Energiestrategie und Neuordnung der EKZ-Organe

Um Energie geht es in den beiden parlamentarischen Initiativen (PI), welche die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) vorberaten hat. Sie beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative von CSP-Kantonsrat Beat Bloch betreffend Änderung des Energiegesetzes mit einer von der ursprünglichen Initiative abweichenden Änderung umzusetzen ([KR-Nr. 307/2014](#)). Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, mit einer Genehmigungspflicht der «Energiestrategie» – statt «Energieplanung» – eine Lösung gefunden zu haben, welche die Hoheit der Regierung in der Planung nicht verletzt. Eine FDP-Minderheit unterstützt zwar letztlich den Kommissionsantrag. Sie zieht aber eine Kenntnisnahme der Energiestrategie vor, weil ihres Erachtens eine Genehmigungspflicht die Kantonsverfassung verletzt.

Weiter beantragt die KEVU, die Forderungen der PI des ehemaligen Kantonsrates der Grünen, Robert Brunner, betreffend «Änderung EKZ-Gesetz» nur bezüglich der Anpassung der Wohnsitzpflicht umzusetzen ([KR-Nr. 211/2016](#)). Neu soll «die Mehrheit der vom Kantonsrat gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates nach Möglichkeit Wohnsitz im Kanton Zürich oder in den ausserkantonalen Versorgungsgebieten haben.» Hingegen verzichtet die Kommission einstimmig auf die in der PI geforderte Einschränkung der Wählbarkeit in den Verwaltungsrat der EKZ. Ein Teil der Kommission begrüsst den Einsitz eines Regierungsmitglieds aus grundsätzlichen Überlegungen: Eine angemessene Vertretung des Souveräns sei sinnvoll, solange die EKZ zu 100 Prozent dem Kanton gehöre. Ein anderer Teil der Kommission ist der Meinung, dass erst nach der Marktöffnung entschieden werden könne, welche Struktur für die EKZ angebracht sei. In der geänderten PI wird die Benennung der EKZ-Organe an den Status quo angepasst. Eine Minderheit der Kommission (FDP) möchte die kleine Revision der EKZ-Organisation nutzen, um zwei weitere Punkte zu klären: Zum einen soll die Wahl des Verwaltungsratspräsidiums durch den Kantonsrat erfolgen, zum anderen die Wahl der Geschäftsleitung und der Revisionsstelle geregelt werden.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Einsatz für landwirtschaftliche Forschungsstandorte und die Bienenförderung

Als erledigt abgeschrieben werden sollen am Montag zwei Postulate, mit denen ein Rettungsplan für die landwirtschaftliche Forschung im Kanton Zürich ([5536](#)) und eine Förderung der Bienenbestände ([5678](#)) angeregt wurden. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat sich einstimmig für die Abschreibung der beiden Postulate ausgesprochen. Die Forschungstätigkeit in Wädenswil wird zwar entgegen den Forderungen im entsprechenden Postulat weitgehend zurückgebaut, dafür fällt der Abbau im Reckenholz dank der vom Postulat angeregten mehrfachen Interventionen des Kantons Zürich beim Bund

geringer aus als befürchtet. Und die Förderung der Bienenbestände soll durch die Schaffung einer Stelle einer oder eines kantonalen Bienenbeauftragten erreicht werden.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Abschreibung von Postulaten zu Energiegewinnung, Pelletheizungen und Naturschutz

Ebenfalls als erledigt abgeschrieben werden sollen drei Postulate, bei denen es um geothermische Stromproduktion, Pelletheizungen und Naturschutz geht. So wurde angeregt, bei der Planung oder Erneuerung von Anlagen, die grosse Mengen an Abwärme erzeugen oder Fernwärme leiten, die Kombination mit einer geothermischen Anlage zu prüfen ([5680](#)). Bei der Speicherpflicht für Pelletheizungen bis 70 kW scheint kein Handlungsbedarf zu bestehen ([5679](#)). Einzig Unklarheiten in einem Merkblatt des zuständigen Amtes – so wurde festgestellt – hätten für Verunsicherung bei Heizungsbesitzern und im Gewerbe gesorgt; das Merkblatt wurde inzwischen korrigiert. Und der Forderung, die Inventare von Pflanzen-, Tier- und Pilzarten in den Naturschutzgebieten des Kantons Zürich so zu aktualisieren, dass der Unterhalt der Schutzgebiete die Qualität derselben fördert, soll durch eine umfassende Datenerhebungsstrategie der Fachstelle Naturschutz nachgekommen werden ([5687](#)). Die Ergebnisse daraus werden anschliessend etappiert und nach Prioritäten umgesetzt.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Photovoltaik-Anlagen, Kleinwohnformen und Moorschutz

In der voraussichtlich verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ab Traktandum 19 parlamentarische Vorstösse zu verschiedenen Themen behandeln, welche die Baudirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Ronald Alder fordert den Regierungsrat auf, zu evaluieren, wie Netzausbaukosten, die aufgrund der Minderbelastung des übergeordneten Stromnetzes durch lokale Anlagen zur Stromproduktion eingespart werden konnten, an die Produzenten rückvergütet werden können ([KR-Nr. 26/2019](#)). GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher bittet mit Unterstützung der SP den Regierungsrat, aufzuzeigen, wie die Hürden bei der Bewilligung von ökologischen Kleinwohnformen gesenkt werden können ([KR-Nr. 66/2019](#)). Und GLP-Kantonsrat Thomas Wirth fordert – unterstützt von SP und Grünen – den Regierungsrat auf, den Schutz der Moorböden im Kanton Zürich zu verstärken ([KR-Nr. 92/2019](#)).

Ronald Alder (GLP, Ottenbach), 079 800 33 80

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12